

Stand: 10.06.2025 15:17:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6926

"Ein Jahr nach dem Polizistenmord in Mannheim - Solidarität mit unseren Polizisten statt linksgrüner Polizeifeindschaft!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6926 vom 04.06.2025
2. Beschluss des Plenums 19/7003 vom 05.06.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Florian Köhler** und
Fraktion (AfD)

Ein Jahr nach dem Polizistenmord in Mannheim – Solidarität mit unseren Polizisten statt linksgrüner Polizeifeindschaft!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag gedenkt des am 02. Juni 2024 bei einem Messerangriff in Mannheim im Einsatz für unser Land gestorbenen Polizisten.

Der Landtag solidarisiert sich mit seinen Angehörigen und allen Mitgliedern der Blaulichtfamilie, die im Einsatz verletzt oder getötet wurden, und spricht ihnen seine tiefste Wertschätzung und Anteilnahme aus.

Der Landtag bekräftigt seine uneingeschränkte Unterstützung für die Bayerische Polizei und unterstützt die Staatsregierung dabei, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Einsatz und die Sicherheit der Polizeibeamten zu gewährleisten – wie beispielsweise Schnittschuttschals gegen Messerattacken.

Der Landtag lehnt staatsfeindliche und linksextreme Äußerungen wie „Alle Polizisten sind Bastarde“ (ACAB) oder „Nicht jeder einzelne Polizist ist ein Schwein“ von Spitzenfunktionären der Grünen entschieden ab.

Der Landtag unterstützt die Staatsregierung dabei, Projekte von und für betroffene Einsatzveteranen zu fördern, wie A.T.E.K e. V., um deren berufliche, soziale und psychologische Betreuung zu fördern und ihre Verdienste zu würdigen.

Begründung:

Ein Jahr nach dem heimtückischen Mord an einem Polizisten in Mannheim, der sein Leben im Dienst für die Sicherheit unseres Landes gab, ist es unerlässlich, ein klares Zeichen der Solidarität zu setzen. Der Angriff auf ihn war ein Angriff auf die gesamte Blaulichtfamilie und die Werte unseres Staates. Der Landtag sollte sein Andenken ehren und allen Angehörigen von im Dienst verletzten oder getöteten Beamten sein Mitgefühl aussprechen. Polizeibeamte wie er setzen täglich ihr Leben für unsere Sicherheit ein, und wir dürfen ihre Opferbereitschaft niemals als selbstverständlich betrachten.

Die Bayerische Polizei verdient unsere volle Unterstützung. Angesichts wachsender Gefahren, sei es durch Messerattacken oder organisierte Kriminalität, ist es die Pflicht des Freistaates, die Beamten mit bester Ausrüstung, hervorragender Ausbildung und psychologischer Betreuung zu versorgen. Nur so können wir sicherstellen, dass sie ihren Dienst in größtmöglicher Sicherheit ausüben können.

Polizeifeindliche Äußerungen wie „ACAB“ („Alle Polizisten sind Bastarde“) oder weitere zynische Aussagen von grünen Spitzenpolitikern sind, fast genau ein Jahr nach diesem Mord, nicht nur respektlos, sondern steigern linke Gewaltbereitschaft. Die Grünen haben eine lange Tradition der Gewalt gegen Polizeibeamte. Bereits der ehemalige grüne

Bundesaußenminister Joschka Fischer war in den 1970er Jahren an gezielten Angriffen auf Polizisten beteiligt und verletzte Beamte schwer.

Diese militant-staatsfeindliche Haltung gegenüber der Polizei und dem Staat setzt sich bei den Grünen gegenwärtig fort. Solche Äußerungen und Handlungen sind mit dem demokratischen Rechtsstaat unvereinbar und müssen vom Landtag entschieden zurückgewiesen werden.

Einsatzveteranen, die oft immense persönliche Opfer erbracht haben, verdienen deshalb unsere Unterstützung. Viele leiden unter physischen und psychischen Folgen wie Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) oder Verletzungen. Vereine wie A.T.E.K e. V. leisten wertvolle Arbeit, um diesen Veteranen bei der beruflichen Neuorientierung, sozialen Integration und psychologischen Betreuung zu helfen. Die Finanzierung solcher Projekte, einschließlich Mitgliedsbeiträge, ist ein Ausdruck der Dankbarkeit für ihren Dienst und ein Beitrag zur Sicherheit und Stabilität Bayerns. Der Freistaat zeigt damit seine Wertschätzung für ihre Selbstlosigkeit und ihren Einsatz für unsere Freiheit.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Florian Köhler** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/6926

**Ein Jahr nach dem Polizistenmord in Mannheim –
Solidarität mit unseren Polizisten statt linksgrüner Polizeifeindschaft!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident